

Pankower Post

Zeitung der bündnisgrünen Fraktion in der Bezirksverordnetenversammlung



© Axel Lüssow

CDU-Stadträtin Manuela Anders-Granitzki wird sie wahrscheinlich abholzen lassen: die Bäume an der Werneuchener Wiese.

BÜRGERVERÄPPELUNG IM BÖTZOWKIEZ

Warum 26 Eschen fallen sollen für einen Schulweg, der keiner ist.

Die 26 Pankower Eschen an der Kniprodestraße haben es bundesweit zu einigem Ruhm geschafft. Die NDR-Satiresendung „extra 3“ spießte den Verwaltungsirrsinn um die Eschen auf, sogar „Bild der Frau“ berichtete über die geplanten Fällungen. Hoffentlich hilft das bundesweite Kopfschütteln bei der Entscheidungsfindung, wenn die Bezirksverordneten am 16. November erneut darüber entscheiden, ob die Bäume stehen bleiben dürfen.

Denn für deren Fällung gibt es keine irgendwie verständlichen Gründe. Vor zwei Jahren gab es die noch. Auf der Werneuchener Wiese am Volkspark Friedrichshain soll eine temporäre Ersatzschule gebaut werden, eine sogenannte Schuldrehscheibe, die als Ausweichort dient für Schulen, die saniert werden. Deren Haupteingang sollte an der Kniprodestraße liegen. Dort ist derzeit kein asphaltierter Gehweg, sondern Wiese und eben jene Eschenallee. Wenn dort hunderte Schüler*innen jeden Tag zur Schule gingen, wäre an dieser Stelle ein barrierefreier Gehweg erforderlich.

Schulbau gedreht

Die Eschenallee ist nun aber sehr hübsch, die Anwohnenden gehen dort gern spazieren und überhaupt sollte uns jeder Baum in Pankow lieb und teuer sein – denn Jahr für Jahr werden es weniger. Der Anwohner*innenverein Pro Kiez Bötzowviertel e. V. machte mobil gegen die geplanten Fällungen. Unsere Fraktion Bündnis 90/Die Grünen schaute sich die Pläne für den Schulbau an und befand: Das ist sowieso keine gute Idee, den Haupteingang an die vielbefahrene Kniprodestraße zu legen. Denn Schüler*innen in großen Pulks vorm Schuleingang drängeln, schubsen und raufen – darum gehören Schuleingänge in

ruhige Straßen, wenn irgend möglich. Und es ist dort möglich: Die Margarete-Sommer-Straße führt ebenfalls zur Schule – eine ruhige Straße, die eher als Parkplatz als zum Durchfahren genutzt wird.

Realer Irrsinn: Tesafilm gefährlicher für Eschen als Säge



Beitrag aus der NDR-Sendung extra 3 – einfach den QR-Code mit dem Smartphone scannen!

Die bündnisgrüne Fraktion teilte das dem damaligen grünen Verkehrsstadtrat Vollrad Kuhn mit. Der wiederum ging zu seinem damals für Schulbau zuständigen Kollegen Torsten Kühne von der CDU. Beide fanden: Das ist eine gute Idee. Sie ließen das prüfen und die Pläne neu erstellen. Die Schule wurde gedreht, sodass der Haupteingang nun zur Margarete-Sommer-Straße liegen soll. Dazu gibt es noch zwei Seiteneingänge, aber keinen zur Kniprodestraße. Dort wird es nur noch eine Feuerwehreinfahrt geben. Das erläuterten die beiden Stadträte auch den Anwohnenden bei einer Bürgerversammlung.

Der Jubel war groß: Eschen gerettet! So vernünftig und bürgernah kann Bezirkspolitik manchmal sein! Doch dann entdeckte irgendwer im Bezirksamt, dass man beim Land Geld für Schulwege beantragen kann. Scheint selbstverständlich, aber in der ewig klammen Bezirksverwaltung, die dem Senat alles abringen muss, ist es immer ein Grund zu feiern, wenn man irgendwo einen Topf mit Geld entdeckt – auch wenn man das Geld gar nicht braucht. Also wurde flugs das Geld bean-

tragt und mangels anderer Ideen für Schulwege, die zu bauen wären, behauptete das Amt einfach, die Eschenallee werde zum Schulweg. Die nach der Wahl nun zuständige CDU-Stadträtin, Manuela Anders-Granitzki, sah keine Veranlassung einzuschreiten.

Amtlicher Schabernack

Die Bürger*innen fühlten sich zu Recht getäuscht. Im Mai brachten sie mit Unterstützung der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen einen Antrag zum Erhalt der Eschen in die Bezirksverordnetenversammlung (BVV) ein. Es war schmerzlich mit anzusehen, wie einige Bezirksverordnete die Bürger*innen als naiv darstellten. Sie warfen ihnen vor, sie hätten keine Ahnung von Gesetzen, missachteten die Bedürfnisse von gehbehinderten Kindern. Es war offensichtlich: Die werten Kolleg*innen kannten die Pläne nicht, wussten nicht, dass der Schuleingang dort gar nicht sein würde, oder wollten es nicht wissen. Der Bürgerantrag wurde gegen die Stimmen der Bündnisgrünen abgelehnt.

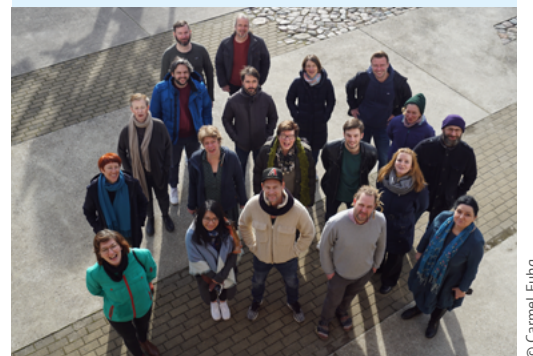
Aber der Schabernack ging noch weiter. Als hätte man die Bürger*innen nicht schon genug veräppelt, verschickte das Amt nun auch noch Bußgeldbescheide. Das Vergehen: Pro Kiez hatte mit Tesafilm Info-Flyer an den Eschen angebracht. Das, so das Amt, könne die Bäume beschädigen. Wohlgermerkt: Die Bäume, die das Amt sowieso demnächst fällen will.

Nun ist die Fällung erst einmal verschoben. Pro Kiez hat erfolgreich 1403 Unterschriften für einen Einwohner*innenantrag gesammelt. Darum wird der Antrag am 16. November in der BVV verhandelt. Der Bürgermeister hat versprochen,

BVV – EIN JAHR NACH DER WAHL

Am 4. November 2021 kam die Bezirksverordnetenversammlung Pankow zur ersten Sitzung nach der Wahl zusammen. Was geschah dort, was passierte seitdem und was beschäftigte die bündnisgrüne Fraktion im vergangenen Jahr?

» weiterlesen auf Seite 2



© Carmel Fuhg

GÜTERBAHNHOF GREIFSWALDER STRASSE

Seit Jahren geht es nicht voran mit dem Gelände des ehemaligen Güterbahnhofs Greifswalder Straße direkt am S-Bahnhof. Woran liegt das und was braucht es für die Realisierung der dringend benötigten Schule?

» weiterlesen auf Seite 6

KLIMAKRISE, CORONAKRISE, ENERGIEKRISE

Die bündnisgrünen Bezirksstadträt*innen Cordelia Koch und Cornelius Bechtler sind bei den Themen Soziales, Gesundheit, Jugend und Familie in Pankow ganz nah dran. Wie läuft das Krisenmanagement im Bezirk?

» weiterlesen auf Seite 3



© Jonas Teune/BA Pankow

WEITERE AUSGABEN

Von dieser Zeitung gibt es vier verschiedene regionale Ausgaben. Um die anderen drei auf unserer Website zu lesen, folgen Sie dem Link gruene-fraktion-pankow.de/fraktionszeitung

oder scannen Sie einfach den QR-Code mit dem Smartphone!



Hannah Wettig
ist Fraktionsvorsitzende von Bündnis 90/Die Grünen Pankow.

dass bis dahin keine Säge angelegt wird. Wir hoffen, dass sich die Bezirksverordneten der anderen Fraktionen bis dahin die Pläne angesehen haben.

PANKOW: FAST WIE IN EINER NETFLIX-SERIE

Ein Jahr ist es nun her, dass der Linke Sören Benn sich zum Bürgermeister wiederwählen ließ, obwohl er ohne die AfD keine eigene Mehrheit hatte. Was hat sich seitdem in der Bezirkspolitik getan?

Im November 2021 machte Pankow bundesweit Schlagzeilen: „Rathaus of Cards“ titelte eine Zeitung, eine andere nannte den Bürgermeister den Frank Underwood von Pankow – eine Anspielung auf den Politthriller House of Cards. Doch die Netflix-Serie, in der es um Intrigen und Korruption geht, könnte man glücklicherweise nicht in einer Pankower Version drehen. Gleichwohl war ein Tabubruch geschehen.

Der Linken-Bürgermeister Sören Benn war in geheimer Wahl mit den Stimmen der AfD gewählt worden. Jedenfalls sagte das die AfD. Bündnis 90/Die Grünen, CDU und FDP sagten, sie hätten ihn nicht gewählt. Linksfraktion und SPD hatten eine Minderheits-Zählgemeinschaft gegründet, um Benn zu wählen. Gemeinsam kamen sie auf 23 Stimmen, ihnen fehlten fünf zur Mehrheit – genauso viele, wie die AfD Sitze in der Bezirksverordnetenversammlung (BVV) hat.

Warum keine rot-rot-grüne Einigung?

Für die Pankowerinnen und Pankower blieb der Vorgang rätselhaft. Bei der Wahl hatten die Bündnisgrünen mit Abstand die meisten Stimmen geholt. Gemeinsam mit Linke und SPD hatten sie eine satte Mehrheit in der BVV. Bei so einem Ergebnis hätte eine Grüne zur Bürgermeisterin gewählt werden sollen. Warum konnten sich die drei Parteien nicht wie auf Landesebene einigen? Auch in Pankow hatten sie lange eine Zählgemeinschaft gebildet und gemeinsam die Politik des Bezirks geprägt.

Für uns Bündnisgrüne kam der Bruch ebenfalls überraschend. Konnten die Linken nicht ertragen, einen weiteren Bezirk an die Bündnisgrünen zu verlieren? Allerdings hatte es schon lange an mehreren Stellen zwischen SPD und Bündnisgrünen geknirscht, an anderer Stelle auch mit den Linken. Vor allem bei der Stadtentwicklung, beim Wohnungsbau, aber auch beim Umgang mit der Insolvenz des Kinos Colosseum.

Weitere Informationen

Zur Situation am Pankower Tor, an der Greifswalder Straße und an der Werneuchener Wiese finden Sie auf unserer Website ausführliche Texte in den einzelnen Regionalausgaben dieser Zeitung. Folgen Sie einfach dem Link über diesen QR-Code.



Alle Parteien sind sich einig, dass in Pankow dringend Wohnraum gebraucht wird. Aber wie und wo, darüber gibt es Streit. Bündnis 90/Die Grünen wollen, dass ökologisch gebaut wird: Das bedeutet nicht einfach nur, dass Solarzellen aufs Dach kommen und möglichst nachwachsende Rohstoffe verwendet werden. Wir wollen verdichtete, urbane Stadtquartiere mit viel allgemein zugänglichen Grünflächen, also hoch bauen, damit nicht so viel Fläche versiegelt wird. Urban heißt: gute Anbindung an den öffentlichen Nahverkehr und Geschäfte, die man zu Fuß erreichen kann, damit die Bewohner*innen das Auto möglichst selten oder am besten gar nicht brauchen. Was wir nicht wollen, sind sich weit ins Land ausdehnende Einfamilienhäuser und Einkaufszentren auf der grünen Wiese.

Hier gibt es immer wieder Streit mit anderen Fraktionen, insbesondere auch mit Linken und SPD. Am Pankower Tor waren wir die Einzigen, die sich gegen den Bau einer Shopping Mall und zweier Möbelhäuser einsetzten – wir finden, eins ist mehr als genug. An der Greifswalder Straße, direkt am S-Bahnhof, wo man aus unserer Sicht perfekt Wohnungen bauen könnte (und keineswegs im Thälmann-Park), blockieren Linke und SPD seit Jahren die Entwicklung und verhindern damit auch den dringend benötigten Schulbau. Im Norden wollen wir den Naturraum erhalten und verhindern, dass dicht an die Schutzgebiete gebaut wird.

Diese Konflikte prägen auch diese Wahlperiode. Allerdings sind wir in der Opposition. Gleichzeitig sind wir die stärkste Fraktion und können uns Mehrheiten suchen. Gerade im sozialen Bereich, für mehr Vielfalt und Arbeitsschutz sowie zum Ausbau von Radwegen können wir oft auf die Unterstützung von Linke und SPD zählen. Gemeinsam mit CDU und FDP treiben wir die Digitalisierung voran und streiten dafür, dass endlich mehr Wohnungen auch im innerstädtischen Bereich gebaut werden.

Es geht um gute Ideen

Keine Mehrheit finden wir leider oft beim Baumschutz. Wir waren die Einzigen, die sich für den Erhalt der Eschenallee an der Werneuchener Wiese eingesetzt haben. Auch beim Klimaschutz sind die anderen Fraktionen oft nicht bereit, weitergehende Forderungen mitzutragen. Dabei liegen die Fronten manches Mal anders, als man denken sollte. So stimmten etwa Linke und SPD gegen einen Antrag von FDP und Bündnisgrünen für die Pflanzung von Bäumen am Thälmann-Denkmal, die den Besucher*innen Schatten spenden sollten. Die CDU stimmte auch dagegen – aber nicht, weil sie die Bäume nicht will, sondern weil sie das Denkmal nicht will.

Bei den derzeitigen Mehrheitsverhältnissen in Pankow müssen alle demokratischen Fraktionen aufeinander zugehen. Generell geht es in der Bezirkspolitik oft weniger um Parteiprogramme als um gute Ideen, wie man das Leben für die Bürger*innen in Pankow verbessern kann. Die anderen Fraktionen bringen wertvolle Sichten ein, weil sie andere Teile der Bevölkerung gut kennen. In den Ausschüssen trägt manchmal jede Fraktion eine kleine Verbesserung zu einem Antrag bei. Da sagt die CDU: Es fehlt noch X. Die Linke sagt: Stimmt, aber wo Sie es sagen, Y fehlt auch noch.

In diesem Politikstil sehen wir eine große Chance. Die Bündnisgrüne Partei hat ihre Wurzeln in Basis- und Bürgerbewegungen, wo genau dieser Umgang, das Verhandeln auf einen Konsens hin gepflegt wird. Dabei geht es darum, einen guten Vorschlag noch besser zu machen, das Beste für alle herauszuholen, statt Sieg nur für eine Seite. Auch das ist Bündnisgrüne Politik. Obwohl in der Opposition, können wir diesen Umgang aller Fraktionen miteinander vorantreiben – auch weil wir die stärkste Fraktion sind.



Hannah Wettig ist Fraktionsvorsitzende von Bündnis 90/Die Grünen Pankow.

KLIMA KONKRET

Beispiel Miniwälder

In Pankow sollen besonders artenreiche Miniwälder in Grünanlagen entstehen. Die Idee dazu hatten die Vereine „BioDiversity“ und „Kiezwald“, die sogar anbieten, selbst Geld über Förderungen aufzutreiben. Eine Testpflanzung auf einem Pankower Schulgelände ist bereits erfolgt, und es gibt Unterstützung von Kleingärtner*innen, Naturschützer*innen und Lehrer*innen – aber das Bezirksamt mauerte bisher. Daher unterstützt die Bündnisgrüne Fraktion nun zwei Anträge, denen der erste von drei BVV-Ausschüssen bereits einstimmig zugestimmt hat.

Miniwälder nutzen die international erprobte Miyawaki-Methode. Dabei werden ausschließlich heimische Arten verwendet und drei bis fünf Setzlinge pro Quadratmeter gepflanzt – also sehr dicht. Das erhöht den Artenreichtum. Schon etwa eine Fläche in der Größe eines Tennisplatzes reicht dafür aus.

Das Besondere: Neben der Funktion für die Klimaanpassung und der Umstellung städtischer Grünflächen auf mehr Anpassungs- und Widerstandsfähigkeit der Pflanzen fördert ein Miniwald auch Umweltbildung. Denn er wird mit Beteiligung von Anwohnenden oder Kindern von naheliegenden Schulen und Kitas geplant, gepflanzt und gepflegt. Schon vor der Pflanzung erhalten Interessierte eine Einführung in Pflanzmethode, Baum- und Bodenkunde. Der Pflanztag ist das Herzstück des Ganzen.

Im Anschluss pflegen und beobachten wechselnde Teams von Schüler*innen oder Anwohnenden das Wäldchen. Die Beobachtung erfolgt nach dem Konzept der Bürger*innen-Wissenschaft, das heißt, Bürger*innen unterstützen mit den erhobenen Daten die Wissenschaft. Diesen ersten Miniwäldern folgen hoffentlich noch viele weitere in Pankow und ganz Berlin.

Axel Lüssow ist Sprecher für Klimaanpassung, Umwelt und Natur in der Pankower BVV-Fraktion von Bündnis 90/Die Grünen.

Beispiel Hagenauer Straße

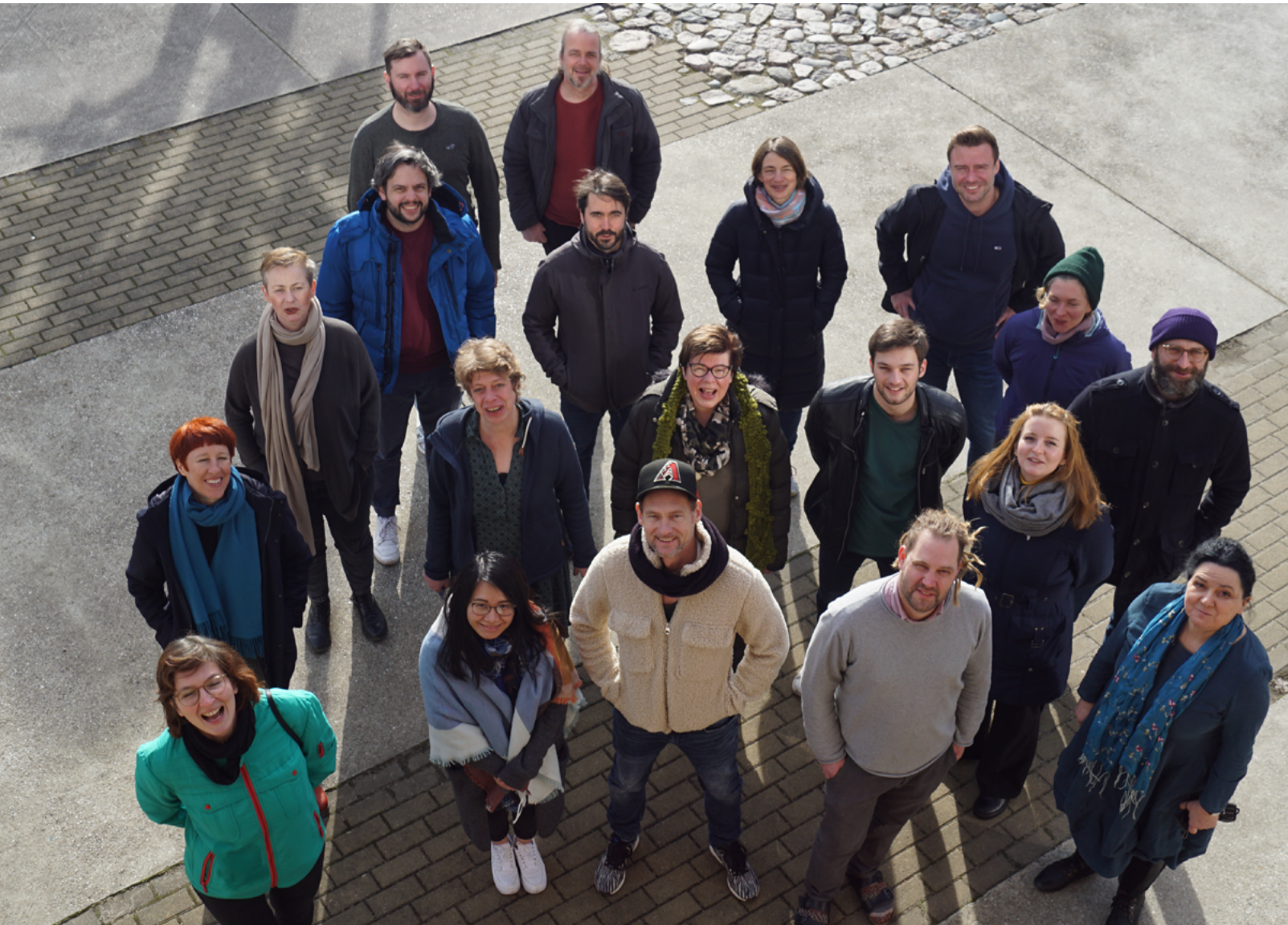
Die Hagenauer Straße in Prenzlauer Berg ist eine triste Steinpiste. Im Sommer knallt die Sonne erbarmungslos aufs Pflaster und heizt die Straße auf. Kein einziger Baum spendet Schatten. Niemand hält sich hier länger auf. Selbst für den Cafébetrieb scheint die Straße zu unwirtlich, obwohl im schicken Szenekiez zwischen Knaack- und Husemannstraße gelegen.

Anwohner*innen und Klimaschutzinteressierte wollen das ändern. Dafür haben sie 2020 die Initiative „Klimastraße Hagenauer“ gegründet und diskutieren dort Ideen und Wünsche, wie die Straße in eine Klimastraße umgebaut werden soll. Klimastraßen beinhalten einen Mix aus ökologischen Maßnahmen: Begrünung, klimafreundliche Verkehrsgestaltung, Regenwasserbewirtschaftung, Aufenthalts- und Begegnungsräume, Energieeinsparung.

Die Initiative will zudem auf Basis ihrer Erfahrungen einen Leitfaden für weitere Klimastraßen erstellen. Auf Anstoß der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen brachten die Bürger*innen 2021, unterstützt auch von SPD und der Linken, einen Antrag für eine Klimastraße in die Bezirksverordnetenversammlung (BVV) ein. Auch der Senat will das Modellprojekt. Deshalb erstellt das Bezirksamt aktuell eine Machbarkeitsstudie.

In diesem Rahmen lässt das Bezirksamt derzeit den Zustand der Straße analysieren und führt Verkehrszählungen durch. Das Amt organisiert darüber hinaus Workshops, in denen Anwohner*innen mehrere Varianten zur Umgestaltung der Straße erarbeiten. Wichtig sind dabei die Klimawirkung der künftigen Begrünung und die ökologische Qualität der Maßnahmen, insbesondere die Berücksichtigung von Regenwasserbewirtschaftung. Auch die Mobilität soll für die Straße neu gedacht und konzipiert werden. Die Ergebnisse der Machbarkeitsstudie sollen bis Mitte 2023 vorliegen und der BVV vorgestellt werden.

Reemt Heuke ist Sprecher für Klimaschutz in der Pankower BVV-Fraktion von Bündnis 90/Die Grünen.



„WIR HABEN ALS GESELLSCHAFT DIE JUNGEN MENSCHEN AUS DEM BLICK VERLOREN.“

Die grünen Stadträt*innen Cordelia Koch und Cornelius Bechtler erklären im Interview, wie sie ressortübergreifend die Corona-Folgen angehen.

Hannah Wettig: Coronakrise, Energiekrise, Klimakrise – es wird schon von „Kettenkrisen“ gesprochen. Cordelia, was erlebst du im Sozialamt – was machen die Krisen mit den Menschen?

Dr. Cordelia Koch, Stadträtin für Soziales und Gesundheit: Wenn ich ins Frühjahr zurückblicke, als die vielen Tausend Geflüchteten aus der Ukraine kamen und sich lange Schlangen vor dem Sozialamt bildeten – da habe ich ganz viel Empathie und Engagement erlebt sowie eine große Bereitschaft, anzupacken. Da war es spürbar, wie wichtig es allen ist, diese Krise zu überstehen. Uns haben auch sehr viele Freiwillige im Amt geholfen. Nicht nur haben viele Menschen privat Geflüchtete aufgenommen – in Pankow sind auch ganz viele Ehrenamtliche zum Sozialamt gekommen und wollten helfen. Wir haben daraufhin Zelte aufgebaut, wo Freiwillige Tee ausgeschenkt und geholfen haben, Anträge auszufüllen. Dafür gebührt ihnen riesiger Dank. Für meine Mitarbeiter*innen war es ein großer Erfolg, weil wir erstmals so eine Zusammenarbeit zwischen Amt und Bürger*innen organisiert hatten und das toll geklappt hat. Man kann daraus lernen, was alles möglich ist, wenn nur alle wollen und das gemeinsame Ziel erreichen möchten. Das gilt auch für meine Mitarbeiter*innen. Wir haben gemeinsam Großes in Pankow geleistet: 4.500 Menschen in fünf Monaten versorgt – zunächst ohne eine einzige zusätzliche Mitarbeiterin. Inzwischen freuen wir uns, dass man von außen nicht mehr sieht, dass wir ein Problem hatten.

Wettig: Ich sehe bei meinen eigenen Kindern, was die Krisen mit denen machen. Wie erlebst du das im Jugendamt, Cornelius?

Cornelius Bechtler, Stadtrat für Jugend und Familie: Man muss klar sagen, dass wir als Gesellschaft die jungen Menschen eine ganze Zeit aus dem Blick verloren hatten. Das ist ziemlich erschreckend. Wir haben das 2021 schon ein bisschen mitbekommen. Aber jetzt merken wir die

Folgen der Corona-Pandemie bei Kindern und Jugendlichen eindeutig. Es gibt Sozialphobien, Angststörungen, Depressionen – und zwar bei manchen in einer Intensität, die erschreckend ist. Wir hatten schon vorher das Problem, dass es nicht genügend Psychotherapieplätze gab. Da muss dringend etwas passieren und damit dürfen die Bezirke nicht alleingelassen werden. Hinzu kommt, Stichwort „Kettenkrisen“, dass es kaum gesellschaftliche Bereiche gibt, die nicht von Krisen betroffen sind. Die entscheidende Aufgabe für uns als Erwachsene ist, dass wir die Kinder und Jugendlichen bei der Bearbeitung dieser Krisen nicht aus dem Blick verlieren.

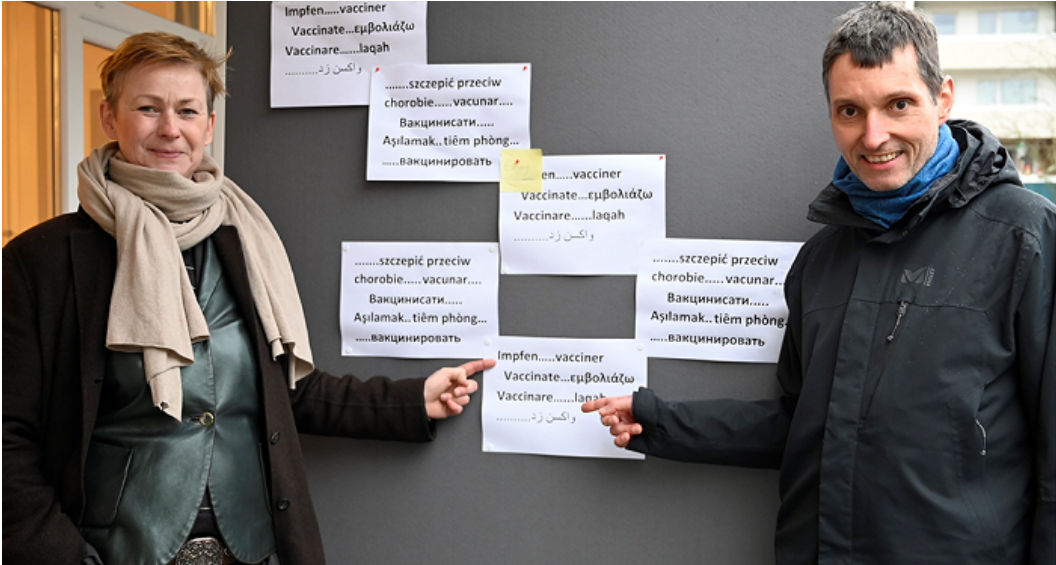
Ganz wichtig ist dabei übrigens auch die Kindergrundsicherung, an der Lisa Paus, die Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, mit Hochdruck arbeitet. Das ist eine ganz wichtige Entlastung für Familien. Gerade jetzt mit den steigenden Kosten fürs Heizen und vieles andere ist das ein wichtiges Signal: Wir wollen Familien entlasten und die Kinder unterstützen!

„Wir haben in Pankow in fünf Monaten 4.500 Geflüchtete aus der Ukraine versorgt.“

– Stadträtin Cordelia Koch

Wettig: Cordelia, du hast einen Plan entwickelt, wie man diese verschiedenen gesellschaftlichen Bereiche verbinden kann, damit nicht jedes Amt die Krisen für sich bearbeitet?

Koch: Meine Gegenstrategie ist ressortübergreifend. Wir werden eine Ämterrunde zu den Folgen der Pandemie einberufen. Es ist ganz wichtig, dass sich die verschiedenen Ämter austauschen. Derzeit hat jedes seine eigene Strategie. Sozialamt, Jugendamt, Wohnungsamt, Integration, Schule, aber auch Grünanlagen haben alle mit den Folgen der Pandemie zu tun. Aber derzeit



© Jonas Teune/BA Pankow

Die bündnisgrünen Stadträt*innen Cordelia Koch und Cornelius Bechtler bei einer Impfkation des Bezirks: Impfen ist weiterhin das wichtigste Mittel zur Bekämpfung des Corona-Virus.

gibt es wenig Austausch. Da wir nur begrenzte Mittel haben, ist es umso wichtiger, dass wir eine gemeinsame Strategie entwickeln.

Bechtler: Grünanlagen sind ein wichtiges Stichwort. Ich widme mich da besonders dem Thema Jugendorte. Wir haben während der Pandemie erlebt, wie wichtig öffentliche Treffpunkte für junge Menschen sind, beispielsweise in Parks. Wir brauchen Jugendorte, die von Kindern und Jugendlichen selbst gestaltet werden können.

Wettig: Wie sieht es mit der stärkeren Einbindung von Kindern und Jugendlichen aus – was tut das Jugendamt in dieser Richtung, Cornelius?

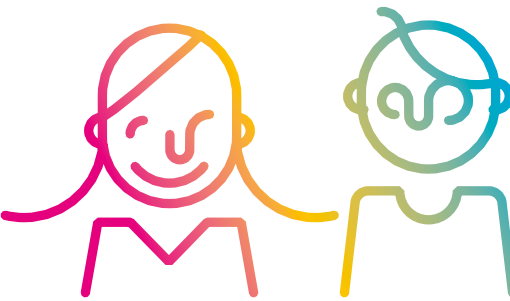
Bechtler: Der Bezirk Pankow durchläuft derzeit die Zertifizierung als kinderfreundliche Kommune. Wir stellen gerade einen Aktionsplan auf. Das ist aber nicht nur eine Aufgabe des Jugendamtes, sondern des gesamten Bezirksamtes und aller planenden Ämter.

Wettig: Neben den Kindern und Jugendliche haben besonders viele Senior*innen sehr unter der Coronakrise gelitten, vielfach auch unter der damit einhergehenden Einsamkeit. Jetzt kommt noch die Energiekrise obendrauf. Was tut ihr in diesem Zusammenhang, Cordelia?

Koch: Das ist ein sehr wichtiger Punkt. Es hieß ja, vulnerable Gruppen sollen besonders geschützt werden. Rückblickend haben wir vielen sicher nicht nur Gutes getan. Im vollstationären Pflegebereich ist gerade ein Gutachten in Arbeit, das die Rechte der Bewohner*innen und ihre Situation betrachtet. Es geht um die Frage, wie man die Einrichtungen ertüchtigen kann, um künftig Vereinsamung zu verhindern und trotzdem die Menschen zu schützen.

Hannah Wettig
ist Fraktionsvorsitzende von Bündnis 90/Die Grünen Pankow.

QUEER IN PANKOW



Pankow war einst das Zentrum für queeres Leben in Ostberlin. In Prenzlauer Berg gründeten 1973 Schwule und Lesben eine eigene Organisation. Der SED-Staat reagierte ablehnend, doch die Netzwerke blieben. Den „Sonntags-Club“, mittlerweile in der Greifenhagener Straße, gibt es bis heute.

Obwohl in den letzten Jahren viel für die Gleichberechtigung queerer Menschen erreicht wurde, sind sie immer noch viel zu oft Zielscheibe von Hasskriminalität und leiden häufiger an stressbedingten Erkrankungen. Laut einer Umfrage hat fast die Hälfte von ihnen in der Schule Mobbing erlebt. Verlässliche Zahlen zur Gewalt gegen queere Menschen gibt es dennoch bislang kaum.

Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hat nun erfolgreich dafür gesorgt, dass der Bezirk eine*n Beauftragte*n für die Belange queerer Menschen bekommt. Der oder die Beauftragte soll unter anderem Diskriminierung bekämpfen, aber auch queere Projekte unterstützen. Eine breite Mehrheit der Bezirksverordnetenversammlung hat dem von uns initiierten Antrag zugestimmt.

Christoph Göring
ist Sprecher für Queerpolitik in der Pankower BVV-Fraktion von Bündnis 90/Die Grünen.

EIN ORT FÜR ALLE



Pankow hat eine lebendige Zivilgesellschaft. Als bündnisgrüne Fraktion in der Bezirksverordnetenversammlung unterstützen wir das breite bürgerschaftliche Engagement ganz praktisch, indem wir mit vielen Initiativen zusammenarbeiten. Aber

auch, indem wir die Rahmenbedingungen für Engagement sichern. Deshalb arbeiten wir an einer konsequenten Anwendung der bezirklichen Leitlinien für Bürger*innenbeteiligung und der Weiterentwicklung des Bürger*innenhaushalts. Außerdem initiieren wir Projekte, die eine echte Beteiligung für alle Pankower*innen schaffen.

Wir streiten dafür, dass Pankow als geschlechtergerechter Bezirk weiterentwickelt wird – vor allem, indem wir über Aktionspläne und Maßnahmen zum Schutz von Mädchen und Frauen beitragen und die Haushaltspolitik konsequent geschlechter- und diversitätsgerecht weiterentwickeln.

Wir möchten queere Infrastruktur in Pankow weiter bekanntmachen, Mehrsprachigkeit als Qualifikation anerkennen und die Diversität in der Bezirksverwaltung fördern. Dafür haben wir bereits einige Anträge erfolgreich in die BVV eingebracht.

Can Aru
ist Sprecher für Digitalisierung und Religionspolitik in der Pankower BVV-Fraktion von Bündnis 90/Die Grünen.

GEGEN HÄUSLICHE GEWALT

In seltener Einigkeit haben die demokratischen Fraktionen der Pankower Bezirksverordnetenversammlung (BVV) beschlossen, ihre Novemberversitzung dem Thema häusliche Gewalt zu widmen. Der Mord an Zohra Gul im April hat uns auferüttelt. Dass ihre Hilferufe und Anträge auf einstweiligen Schutz ihr nichts nützten, fordert uns dringend zum Handeln auf. Eine umfassende Gewaltschutzstrategie, wie sie die von der Bundesregierung unterzeichnete Istanbul-Konvention fordert – mit einem Ineinandergreifen von Prävention, Intervention, Opferschutz und Sanktion –, gibt es in Pankow bisher nicht.

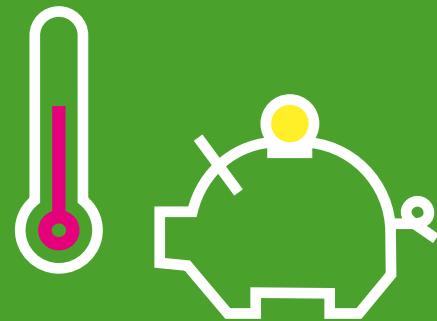
Darum werden alle Fraktionen anlässlich des Internationalen Tages zur Beseitigung von Gewalt gegen Frauen auf der BVV am 16. November 2022 Anträge zum Thema Bekämpfung von häuslicher Gewalt einbringen, die zuvor in einer Arbeitsgruppe abgestimmt werden. Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen will Schulungen für Bewohner*innen von Gemeinschaftsunterkünften, in denen über Rechte und Hilfsangebote aufgeklärt wird. Im Bereich Prävention fordern wir Angebote zur Täterarbeit in Pankow. Diese kann einen Teil der gesellschaftlichen Reaktion darstellen, Täter zur Verantwortungsübernahme für ihr gewalttätiges Verhalten zu bewegen und eine Verhaltensänderung durch intensive Auseinandersetzung mit den eigenen Verhaltensmustern anzuregen. Täterarbeit gilt unter Experten als eine zentrale Säule der Bekämpfung häuslicher Gewalt. Dennoch sind solche Angebote in den letzten Jahren zurückgegangen. In Berlin gibt es derzeit nur drei Anlaufstellen: In Mitte, Neukölln und Charlottenburg.

Helene Bond
ist Sprecherin für Gleichstellung und Soziales in der Pankower BVV-Fraktion von Bündnis 90/Die Grünen.

HILFE IN DER ENERGIEKRISE

Der Winter steht vor der Tür. Viele Menschen in Pankow blicken wegen der stark gestiegenen Preise mit Sorge auf ihre Energie- und Heizkosten. Wir als Bezirksfraktion sind als Kommunalpolitiker*innen ganz dicht dran an diesen Problemen, haben in dieser Hinsicht aber so gut wie keinen Einfluss.

Hier finden Sie erste Antworten zu Fragen, wenn Sie Hilfe benötigen:
berlin.de/energie/faq



EINE STIMME FÜR MIETER*INNEN

IM DEUTSCHEN BUNDESTAG

Im Rechtsausschuss und im Bauausschuss kämpfe ich für Mieter*innenrechte und gegen Verdrängung.



© Anna Fiolka

Mein Wahlkreis Friedrichshain-Kreuzberg und Prenzlauer Berg Ost ist so lebenswert und schön, weil er nicht glatt ist, sondern rau. Die Kieze, das sind die Menschen, die in ihnen leben. Die Wohnformen sind so vielfältig wie die Bevölkerung. Es gibt Gründerzeitviertel genauso wie Plattenbau; Arbeiterviertel genauso wie Einfamilien- und Reihenhäuser; Wagenplätze genauso wie selbstverwaltete Hausgemeinschaften und ehemalige besetzte Häuser. Auch die vielfältigen Gewerbe, die Initiativen, die sozialen Einrichtungen, die alternativen Wohnformen, die Clubs, die Freiräume, die Kneipen machen die Nachbarschaft und die Atmosphäre aus, in der wir alle so gerne leben.

Unsere Kieze leben davon, dass es hier möglich ist, dass der Bäckerreifachverkäufer mit der Richterin in einem Haus wohnt und eine lebendige Nachbarschaft bilden kann. Doch die soziale Mischung wird von den steigenden Mieten bedroht: Immobilien werden von Spekulant*innen erworben, Nachbar*innen werden aus ihren Wohnungen verdrängt und bezahlbaren Ersatz im Kiez gibt es kaum mehr. Die Mieter*innen haben Angst, sich wegen Mieterhöhungen ihre Wohnungen nicht mehr leisten zu können. Die eigene Wohnung zu verlieren bedeutet, auch das soziale Umfeld zu verlieren, also Nachbar*innen und Freunde sowie Schule und Kita der Kinder. Mit unseren Koalitionspartnern auf Bundesebene konnten wir uns darauf einigen, die Kappungsgrenzen zu senken. So durften bisher Vermieter*innen in Gebieten mit angespannten Wohnungsmärkten wie in Berlin die Miete innerhalb von drei Jahren um 15 Prozent erhöhen – diese Grenze wird nun auf 11 Prozent gesenkt. Das heißt im Ergebnis, dass die Miete in einem Jahr nicht um mehr als ca. 3,5 Prozent erhöht werden darf. Das ist weniger als die Inflation. Dafür habe ich mich als Mitglied der Verhandlungsgruppe Bauen und Wohnen in den Koalitionsverhandlungen eingesetzt. Um das umzusetzen, muss eine Regelung im Bürgerlichen Gesetzbuch auf den Weg gebracht werden. Das ist zum Ende dieses Jahres geplant. Auch bei den Gewerbetreibenden sind steigende Mieten zunehmend ein Problem. Ganze Kieze verändern sich dadurch: Der Kinderladen fliegt aus seinen Räumlichkeiten, Kleinstgewerbe wie Cafés können sich die Mieten nicht mehr leisten. Wenn wir nichts tun, werden hauptsächlich zahlungskräftige Ketten und Luxusgeschäfte sowie Gewerbe zurückbleiben, die zur Tourismusindustrie gehören. Deswegen setze ich mich für ein Gewerbemietrecht ein, das diese Gewerbetreibenden vor willkürlichen Mieterhöhungen und Kündigungen schützt.

Anmeldung zur Mieter*innensprechstunde

Wahlkreis Friedrichshain-Kreuzberg & Prenzlauer Berg Ost

(030) 22 77 81 44

canan.bayram@bundestag.de

Allen Betroffenen möchte ich im Deutschen Bundestag eine Stimme geben. Im Rechtsausschuss und im Ausschuss für Wohnen kämpfe ich für bezahlbare Mieten und gegen Verdrängung sowie Eigentumsverschleierung auf dem Immobilienmarkt.

Die Eigentumsverschleierung ist deswegen möglich, weil hinsichtlich der Eigentumsverhältnisse bei Immobilien keinerlei Transparenz herrscht. Strohmannen und Briefkastenfirmen werden als Eigentümer*innen eingetragen, sodass am Ende niemand mehr so genau weiß, wem die Häuser gehören und woher das Geld stammt, mit dem sie erworben wurden. Das ist auch aktuell ein Problem, weil es deswegen erschwert wird, die EU-Sanktionen gegen russische Oligarchen durchzusetzen. Das müssen wir ändern. Auch darauf konnten wir uns im Koalitionsvertrag einigen und werden dafür die Verknüpfung von Transparenzregister und Datenbankgrundbuch bald auf den Weg bringen.



Und noch ein weiteres Problem gehen wir an: Seit November 2021 kann wegen einer Entscheidung des Bundesverwaltungsgerichts das kommunale Vorkaufsrecht in Milieuschutzgebieten nicht mehr ausgeübt werden. Mit dem Vorkaufsrecht konnten wir Häuser vor Spekulation retten, indem landeseigene Wohnungsbaugesellschaften oder private Wohnungsgenossenschaften die Häuser kauften. Um dieses wiederherzustellen, brauchen wir eine Änderung des Baugesetzbuchs. Dieses Instrument dient insbesondere dem Schutz von Bestandsmieter*innen und ist ein unabdingbares Mittel zur Abwehr der Immobilienspekulation.

Doch auch bei der Neuvermietung explodieren die Preise. Mit der Verlängerung der Mietpreisbremse können wir diese begrenzen. Die Mietpreisbremse verbietet es in Städten mit angespanntem Wohnungsmarkt, dass Vermieter*innen bei einem Mieterwechsel jede Miete verlangen, die sie möchten. Stattdessen wird durch den Mietenspiegel eine ortsübliche Vergleichsmiete ermittelt, und die Miete für einen neuen Vertrag darf höchstens 10 Prozent über dieser ortsüblichen Vergleichsmiete liegen. Dieses Instrument wollen wir stärken, um missbräuchliche Verträge bei der Neuvermietung zu stoppen. Hier ist jede und jeder Einzelne selbst gefragt: Denn wenn zu viele überbezahlte Mietverträge geschlossen werden, steigt der Mietenspiegel für alle. Inzwischen zahlen viele sogar die Hälfte ihres Einkommens für ihre Miete. Deswegen sollten alle, die neue Mietverträge abschließen, solidarisch sein und diese selbstständig auf die Einhaltung der Mietpreisbremse überprüfen, auch wenn sie sich die höhere Miete leisten könnten. Denn nur gemeinsam können wir den Anstieg des Mietenspiegels verhindern.

All diese Instrumente stärken zusammengenommen den Schutz von Mieter*innen, sowohl die neuen als auch im Bestand. Damit machen wir klar: Immobilien und Wohnungen sind keine Ware, sondern unser Zuhause.

Als Anwältin der Menschen in meinem Wahlkreis bin ich auch vor Ort ansprechbar. Ich bin für jede*n erreichbar, um nach gemeinsamen Lösungen zu suchen. Sei es das Gespräch mit dem Vermieter oder der Vermieterin oder die Suche nach alternativem Wohnraum. Für alle, die betroffen sind, biete ich eine Mieter*innensprechstunde in meinem Wahlkreisbüro in der Dresdener Straße 10 in Kreuzberg an. Sie können sich in meinem Büro dafür anmelden.



Engagiert auf der Straße und im Parlament: Canan Bayram

MIT EINEM KLAREN KOMPASS DURCH DIE KRISEN

***Gerechtigkeit, der Schutz der Umwelt und Frieden
in der Welt sind die Ziele meiner Politik.***

Die großen Krisen unserer Zeit können wir nur europäisch und international lösen. Für eine verstärkte europäische Zusammenarbeit setze ich mich im Unterausschuss Europarecht und als Delegierte der Parlamentarischen Versammlung der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) ein. Die OSZE hat bei der Lösung von Konflikten eine große Bedeutung. Zu den Aufgaben der OSZE gehören Korruptionsbekämpfung und Friedenspolitik, aber auch die bessere grenzüberschreitende Zusammenarbeit in Umweltfragen. In der Korruptionsbekämpfung haben wir mit der Europäischen Staatsanwaltschaft seit dem letzten Jahr eine europäische Behörde, die grenzüberschreitend Straftaten verfolgt. Leider müssen wir in Polen, Ungarn und bald wohl auch Italien beobachten, wie der Rechtsstaat erodiert und Korruption an der Tagesordnung steht. Deswegen unterstütze ich den konsequenten Einsatz des EU-Rechtsstaatsmechanismus, der vorsieht, dass Gelder von der EU zurückgehalten werden, wenn gemeinsame Standards nicht erfüllt werden.

Daher will ich die Arbeit der Europäischen Staatsanwaltschaft auch auf Umweltdelikte erweitern. Denn nicht zuletzt das große Fischsterben in der Oder hat diesen Sommer gezeigt, wie wichtig eine solche Kooperation auch in Fragen der organisierten Umweltkriminalität ist.

Seit dem Beginn des völkerrechtswidrigen Angriffskriegs Russlands gegen die Ukraine sind diese Fragen umso wichtiger geworden. Die Angst vor einem militärischen Konflikt lässt manche wieder auf eine militärische Abschreckung und Milliarden-Euro-Pakete für die Bundeswehr setzen, statt auf Demilitarisierung. Umso wichtiger finde ich, den Blick aufs große Ganze zu richten. Deshalb habe ich als eine von wenigen Grünen-Abgeordneten der Grundgesetzänderung für ein „Sondervermögen Bundeswehr“ in Höhe von 100 Milliarden Euro nicht zugestimmt.

Ich verurteile den Angriff Russlands auf die Ukraine und die vielen Kriegsverbrechen, die mit jedem Tag, der seit Beginn des Krieges vergeht, schlimmer werden und denen immer mehr Zivilist*innen zum Opfer fallen. Es steht für mich außer Frage, dass wir uns mit aller Kraft dafür einsetzen müssen, diesen Krieg zu beenden.

GEBT DAS HANF FREI!

***Seit Jahrzehnten fordern wir als Bündnis90/Die Grünen
die Legalisierung des Cannabisgebrauchs durch
Erwachsene.***

Ganz Europa blickt auf Deutschland bei der geplanten Legalisierung von Cannabis: „Wir führen die kontrollierte Abgabe von Cannabis an Erwachsene zu Genusszwecken in lizenzierten Geschäften ein“, heißt es im Koalitionsvertrag.

Wie schon mein Vorgänger Hans-Christian Ströbele setze auch ich mich im Deutschen Bundestag für die Legalisierung von Cannabis ein. Denn die Kriminalisierung von Kiffer*innen ist ungerecht. „Es kann nicht sein, dass die CDU immer noch legal Alkohol konsumieren darf, und dass Teile der Menschen in meinem Wahlkreis dafür kriminalisiert werden, dass sie in Ruhe kiffen wollen“, sagte ich erst kürzlich bei einer Debatte im Plenum.



Dennoch bleibt es richtig, eine Welt ohne Waffen, ohne Gewalt und in Frieden anzustreben. Sicherheit durch Abschreckung steht gemeinsamer Problemlösung entgegen. Das Konzept der Abschreckung arbeitet mit Bedrohung und setzt einen Kreislauf durch Aufrüstung und Konfrontation in Gang, der wiederum neue Gefahren erzeugt. Mit der Aufrüstung der Bundeswehr um 100 Milliarden Euro legen wir uns für die kommenden Jahrzehnte auf Abschreckungskonzepte aus dem letzten Jahrhundert fest.

Als überzeugte Friedenspolitikerin bin ich auch Mitglied im neu eingerichteten Parlamentarischen Untersuchungsausschuss Afghanistan, der die Geschehnisse im Zusammenhang mit dem Abzug der Bundeswehr aus Afghanistan und der Evakuierung des deutschen Personals, der Ortskräfte und anderer betroffener Personen aufarbeiten soll. Denn wenn wir Demokratie und Menschenrechte verteidigen wollen, müssen wir die gesamte Welt in den Blick nehmen. Wir brauchen Antworten auf die globale Gerechtigkeit und die sozialen Fragen. Wir brauchen Investitionen für den Einsatz für Klimagerechtigkeit und die Bekämpfung von Hunger und Armut in der Welt.

Meinen Auftrag als direkt gewählte Abgeordnete für den Wahlkreis Friedrichshain-Kreuzberg und Prenzlauer Berg Ost sehe ich darin, mich für die Menschen in meinem Wahlkreis und für eine sozial gerechte, friedliche sowie diskriminierungsfreie Zukunft einzusetzen. An der Suche nach Lösungen werde ich mich auch weiterhin mit diesem klaren Kompass – auch in einer schwierigen Koalition – konstruktiv-kritisch beteiligen.

Für mich ist klar: Friedrichshain-Kreuzberg und Prenzlauer Berg Ost ist der interessanteste Wahlkreis der Bundesrepublik. Hier wird Solidarität im Kiez großgeschrieben. Und oftmals sind wir ein Seismograph drängender Probleme, die später das ganze Land beschäftigen. Genauso ist mir der direkte Kontakt zu Ihnen wichtig. Wenn Sie mir Anregungen, Kritik oder Hinweise für meine Arbeit zukommen lassen wollen, sprechen Sie mich an oder melden Sie sich in einem meiner Wahlkreisbüros. Ihren Anliegen eine Stimme im Deutschen Bundestag zu geben und Politik für meinen Wahlkreis Friedrichshain-Kreuzberg und Prenzlauer Berg Ost zu machen, ist mein Ansporn.

Die Prohibition schafft außerdem Folgeprobleme: So sind zum Beispiel Qualitätskontrollen und ein wirksamer Jugendschutz unmöglich. Während der Konsum von Alkohol und Zigaretten bei Minderjährigen durch Präventionsarbeit, Werbeverbote und Besteuerung konstant abnimmt, steigt der Cannabiskonsum seit 2011 kontinuierlich an. Der aktuelle Stand der Wissenschaft ist, dass Cannabis wesentlich weniger gesundheitsschädigend ist als Alkohol.

Deswegen haben schon viele Länder in Europa den Besitz und Gebrauch von Cannabis zumindest entkriminalisiert. Die Entkriminalisierung des Besitzes ohne Legalisierung des Anbaus und der Vertriebswege hat jedoch große Nachteile: So können wir in den entsprechenden Ländern beobachten, dass dies die organisierte Kriminalität stärkt, da nur diese das Cannabis in die entsprechenden Länder schmuggeln und dort verkaufen kann. Hinzu kommt, dass Cannabis aus kriminellen Quellen keinerlei Qualitätskontrollen unterliegt und damit gesundheitsschädliche Stoffe beigemischt sein können.

***Eine vollständige Legalisierung vom Anbau bis zur
Abgabe im lizenzierten Fachgeschäft, wie von uns
geplant, wäre in Europa einmalig.***

Wegen der Vorbildwirkung, die eine erfolgreiche Legalisierung hätte, versuchen konservative Kreise, mit dem Verweis auf das Europarecht das geplante Gesetz der Regierungskoalition zu Fall zu bringen. Jedoch arbeiten wir bereits mit Hochdruck an einer EU-rechtskonformen Ausgestaltung eines Cannabiskontrollgesetzes und werden bald die entsprechenden Eckpunkte vorlegen.

KAMPF FÜR ENTKRIMINALISIERUNG

***Warum ist Falschparken eine Ordnungswidrigkeit, aber
das Fahren ohne Fahrschein eine Straftat?***

Dies frage ich seit Jahren. Eine Entkriminalisierung würde nicht nur für Betroffene eine Erleichterung bedeuten – auch für Justiz und Gefängnisse würde viel unnötige Arbeit wegfallen. Jetzt hat das Bundesjustizministerium zumindest eine Halbierung der Ersatzfreiheitsstrafen angekündigt. Doch inzwischen ist ein ganz anderer Schritt angesagt: Mit einem bundesweiten 29-Euro-Ticket, 9-Euro-Ticket oder gar einem kostenlosen ÖPNV hätte sich die Debatte schnell erledigt.



© Julia Nowak

Kontakt und Infos

Canan Bayram, MdB
Wahlkreisbüro Kreuzberg
Dresdener Str. 10 | 10999 Berlin
Wahlkreisbüro Friedrichshain
Schreinerstr. 6 | 10247 Berlin

🌐 bayram-gruene.de
☎️ (030) 22 77 81 44
✉️ canan.bayram@bundestag.de
f @ErststimmeBayram
🐦 @LieblingXhain
📷 @lieblingxhain



Impressum

Für diese und die gegenüberliegende Seite:
Canan Bayram (ViSdP)
Bündnis 90/Die Grünen
Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1 | 11011 Berlin

HER MIT SCHULE UND WOHNUNGEN AN DER GREIFSWALDER STRAÙE

Seit Jahren geht es nicht voran mit dem Gelände des ehemaligen Güterbahnhofs Greifswalder Straße direkt am S-Bahnhof. Woran liegt das und was braucht es für die Realisierung der dringend benötigten Schule?

Am alten Güterbahnhof Greifswalder Straße soll nun endlich gebaut werden. Der Bezirk will östlich der Schwimmhalle am Ernst-Thälmann-Park ein Gymnasium errichten. Das wird dringend gebraucht: Im Bezirk fehlen tausende Oberschulplätze, die Schüler*innenzahlen steigen. Allerdings ist die bezirkseigene Fläche nicht groß genug für eine sechszügige Schule mit Sport- und Pausenflächen. Der Bezirk braucht angrenzende Flächen des Eigentümers des Rangierbahnhofs Pankow, Christian Gérôme. Darum schlug das Bezirksamt einen Flächentausch vor. Gérômes Eigentümergesellschaft wäre bereit, dem Bezirk 13.000 Quadratmeter seines Bahnhofsgrundstücks für die Schule zu überlassen. Dafür würde er im Gegenzug vom Bezirk 4.800 Quadratmeter Parkplatzfläche an der Ecke Lilli-Henoch-StraÙe/Greifswalder Straße erhalten, um dort flächensparend in die Höhe zu bauen.

Dazu ist Gerôme bereit, obwohl er deutlich mehr Fläche abgeben soll, als er bekommt. Denn er möchte gerne Wohnungen auf seinem Gelände bauen – und das schon seit zehn Jahren. Grundsätzlich darf er das, hatte schon das Verwaltungsgericht entschieden. Aber der Bezirk hat das bisher mit immer neuen Plänen verhindert. Erst sollte das Gelände für einen grünen Erholungsraum gesichert werden, dann für eine Schuldreh-scheibe, später eine Gemeinschaftsschule und seit neuestem für ein Gymnasium.

Darum will Gérôme für den Tausch die Zusiche-rung, dass er auf dem ihm verbleibenden Gelände drei Hochhäuser mit Wohnungen und Gewerbe-räumen errichten darf: zwei auf der Westseite der Greifswalder Straße zwischen S-Bahnstrecke

und Lilli-Henoch-StraÙe und einen weiteren auf der östlichen Seite, wo ihm die Brache an der ge-sperren Fußgängerbrücke gehört.

Die Mehrheit steht

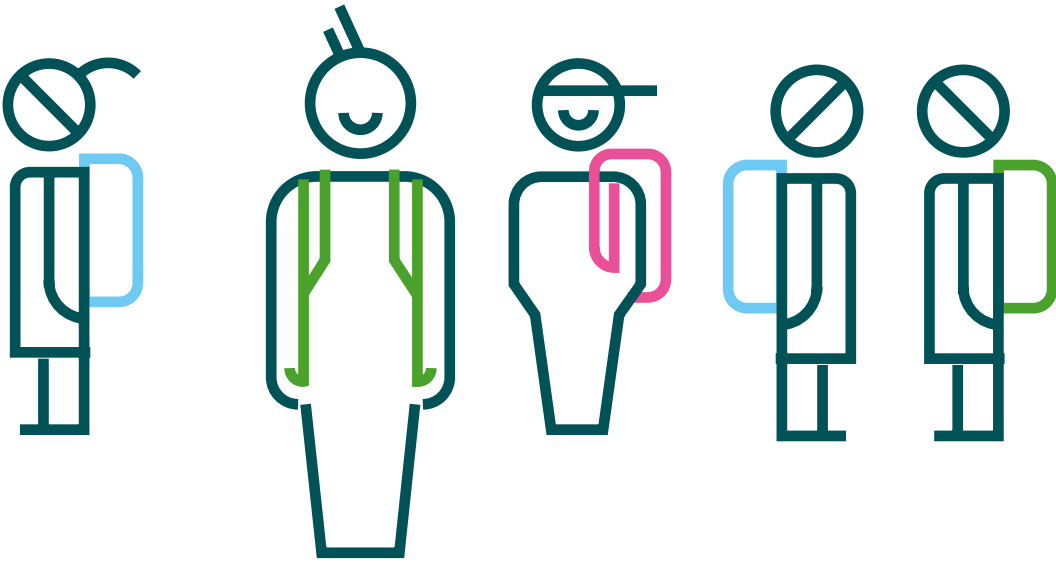
Dafür gibt es eine politische Mehrheit in der Be-zirksverordnetenversammlung. Bündnis 90/Die Grünen, CDU und FDP setzen sich gemeinsam für den Tausch ein, damit endlich die dringend not-wendige Schule und ebenso notwendige Woh-nungen gebaut werden. Doch Linke und SPD wol-len den Wohnungsbau verhindern. Insbesondere die Linke meint, auf die Wünsche von Bewoh-ner*innen des Thälmannparks Rücksicht nehmen zu müssen. Dort gibt es einige, die sich beschwe-ren, dass ihre Parkplätze wegfallen sollen. Viele andere sehen das aber anders und verstehen, dass der Bezirk die Schule braucht und Berlin in-sgesamt dringend mehr Wohnungen.

2017 hatten die Bündnisgrünen mit ihren dama-ligen Zählgemeinschaftspartnern Linke und SPD einen Kompromiss geschlossen, der für diese Fläche Wohnungsbau und eine grüne Durchwe-gung vorsah. 2019 stellte das Bezirksamt den Bedarf nach einer weiterführenden Schule fest und startete ein Bebauungsplanverfahren. Über die Fläche wird bereits seit zehn Jahren disku-tiert und der private Eigentümer einer Teilfläche wurde ungeduldig, was eine Veränderungssperre erforderlich machte. Die bündnisgrüne Fraktion protestierte gegen die mitten im ersten Cora-na-Lockdown anberaumte Sitzung, ermöglichte das Votum für die Veränderungssperre, machte aber gleichzeitig deutlich, dass sie mit der ro-teren Verhinderungspolitik nicht einverstanden war. Wir halten Wohnungsbau an dieser Stelle für sinnvoll und suchen jetzt einen Weg, Schule, Wohnen und eine grüne Durchwegung miteinan-der zu verbinden.

Klimagerecht bauen

Aus Sicht von Bündnis 90/Die Grünen ist das Ge-biet um den alten Güterbahnhof ideal für Woh-nungsbau geeignet – so stand es schon im Wahl-programm 2016. Innerstädtische Brachen und ebenerdige Parkplätze müssen angesichts der grassierenden Wohnungsnot dringend entwickelt werden. Zudem sollte die verwahrloste Ecke durch Geschäfte und Gastronomie belebt werden, damit die Anwohner*innen angstfrei durch die Unterführung am S-Bahnhof Greifswalder Straße gelangen können.

Allerdings haben die Bündnisgrünen auch Forde-rungen beim Wohnungsbau: Der Eigentümer soll klimagerecht und tierfreundlich bauen. Ein Rad-weg und ein Grünzug müssen mitgeplant werden. Dazu haben die Architekt*innen des Eigentümers inzwischen detaillierte und vielversprechende Pläne vorgelegt. Verhandelt werden muss noch, welche weitere Infrastruktur es braucht, etwa eine Kita oder eine Einrichtung für Senior*innen, welche Art Wohnungen dort entstehen sollen und wie hoch die Mieten sein dürfen. Die SPD-Bau-stadträtin Rona Tietje hat dafür eine Gesprächs-runde mit allen Fraktionen ins Leben gerufen. Das Amt will einen weitestgehenden Konsens aller Parteien erreichen. Wenn die Fraktionen von Lin-ke und SPD nicht weiterhin jeden Vorschlag zer-reden, gibt es also Hoffnung, dass Pankow eine weitere Schule und mit S- und Straßenbahn bes-tens erschlossene Wohnungen bekommt.



Hannah Wettig
ist Fraktionsvorsitzende von
Bündnis 90/Die Grünen Pankow.



Grün und klimagerecht: So könnte das Gelände auf dem ehemaligen Güterbahnhof Greifswalder Straße nach den Plänen des Architekten Sergei Tchoban einmal aussehen, links die dringend benötigte Schule.

DAS BAUEN DER ZUKUNFT? ELDENAER STRAÙE

Für die Eldenaer Straße an der Grenze zwischen Prenzlauer Berg und Friedrichshain gibt es klima- und ressourcenfreundliche Pläne.

Die Hitzeperioden des vergangenen Sommers haben es erneut gezeigt: Der Klimawandel betrifft auch uns in Berlin unmittelbar. Als Pankowerinnen und Pankower müssen und können wir auf den Klimawandel reagieren. Eine wichtige Maßnahme hierfür: das Bauen neu denken. Wenn wir Gebäude klima- und ressourcenfreundlich entstehen lassen und dabei nachhaltig mit Flora und Fauna sowie begrenztem Boden umgehen, tragen wir ganz maßgeblich zum Ziel eines klimaneutralen Berlin bei.

Alles Wunschenken? Mitnichten! Es gibt bereits Bauprojekte, die diese Ziele in ihren Planungen integrieren und an oberste Stelle setzen. Das Projekt „ELDENAE 4 ZERO“ ist eines dieser Projekte für Pankow. Die ARGO Properties Group plant, an der Eldenaer Straße an der Grenze zu Friedrichshain zwischen drei Baudenkmälern des früheren Schlachthofs zwei Hochhäuser zu errichten. Wo heute noch Parkplätze eines Supermarktes den Boden versiegeln, sollen künftig zwei innovative Gebäude entstehen. In diesen Gebäuden sollen dann Läden, Cafés und Co-Working-Spaces ihren Raum finden. Das Besondere: Die Häuser sollen so konstruiert sein, dass sie ihre eigene Energie erzeugen und mit wenig CO₂-Ausstoß betrieben werden können.

Geothermie, Solar- und Windkraft

Von der Entstehung bis zur Nutzung soll das Projekt hohe Anforderungen an Klimaschutz und Nachhaltigkeit erfüllen. Den Planer*innen zufolge werden die Gebäude klimapositiv gebaut, in der Architektur wird das Kreislaufsystem des Cradle-to-Cradle-Prinzips angewendet. Dazu sollen Materialien wie recycelte Ziegel und regionales Holz sowie CO₂-reduzierter Beton und

Stahl verarbeitet werden. Die Energie für den Betrieb wird gemäß der Planung aus gleich drei Systemen erzeugt: Über Geothermie, Solar- und Windkraftanlagen sollen rund 35 Prozent des Stroms, der Wärme und der Kälte gewonnen werden. Zusätzlich soll durch eine umfangreiche Bepflanzung von Terrassen, Fassaden, Dächern und Vorplatz ein für die Nutzer*innen und Anwohner*innen angenehmes und gesundes Klima geschaffen werden. Es ist geplant, mit all diesen Maßnahmen 82 Prozent der CO₂-Emissionen im Betrieb einzusparen.

Artenschutz am Bau

Der grüne Bezirksverordnete Axel Lüssow, Sprecher für ökologisches Bauen, begrüßt, dass hier klimapositiv gebaut werden soll. Noch lieber sähe er es, „wenn das Projekt zusätzlich artenpositiv“ wäre, also „nicht nur eine Minderung von Schäden, sondern eine Aufwertung der Artenvielfalt“ vorsähe. „Das Instrument der Wahl heißt ‚Animal-Aided Design‘. Hierdurch könnte der Artenschutz am Bau im Zusammenhang mit der Umgebung durch artenspezifische Planungen gefördert werden“, so Lüssow.

Schnell werden die neuen Gebäude allerdings nicht kommen. Nicht zuletzt müssten die 2006 und 2012 beschlossenen Bebauungspläne für dieses Gebiet angepasst werden. Eine Aufgabe, die in der Verantwortung des Bezirks Pankow liegt. Damit die Verfahren eingeleitet werden, muss sich in der Bezirksverordnetenversammlung eine politische Mehrheit finden. Diese ist aktuell nicht vorhanden, da die Fraktionen von SPD und Linke das Projekt bislang ablehnen. Letztlich verhindern sie damit, ähnlich wie beim Güterbahnhof Greifswalder Straße (siehe auch Seite 6), klimagerechtes Bauen.



Pyramiden für den Prenzlauer Berg: So könnte es an der Eldenaer Straße einmal aussehen.

Dabei gilt es immer mehr, die Ziele einer innovativen, klimagerechten und nachhaltigen Stadtentwicklung mit den Interessen der Stadtgesellschaft, der Anwohner*innen und der zukünftigen Nutzer*innen bestmöglich und konstruktiv abzuwägen.

Wir Bündnisgrünen in der Bezirksverordnetenversammlung Pankow wollen mehr Bauprojekte umsetzen, die dem Klimaschutz höchste Priorität in der Planung einräumen. Die Idee, viel klimafreundliche und nachhaltige Stadt auf kleinem

Raum zu schaffen, ist im Grundsatz gut. Nun gilt es, gemeinsam an der konkreten Umsetzung zu arbeiten.



Christoph Göring ist Pankower Bezirksverordneter von Bündnis 90/Die Grünen und Mitglied im Ausschuss für Stadtentwicklung.

GEWERBEGEBIET STORKOWER STRAÙE: PROBLEME IM DIALOG LÖSEN

Der Bereich entlang der Storkower Straße zwischen Landsberger Allee und KniprodestraÙe ist eines der wichtigsten innerstädtischen Gewerbegebiete im Bezirk Pankow. Doch nicht nur Firmen sind hier ansässig. Die Agentur für Arbeit hat eine Niederlassung, es gibt Unterkünfte für Wohnungslose und Geflüchtete, aber auch Clubs, die Menschen zum Feiern besuchen. Aktuell bestehen in diesem Gebiet leider zahlreiche Probleme.

Müll, Vandalismus, unzureichende Beleuchtung

Im Gewerbegebiet ansässige Unternehmen beklagten unter anderem, dass auf dem Gelände immer öfter illegal Müll, Sperrmüll und Schrott-PKWs deponiert werden. Auch Vandalismusschäden, unzureichende Beleuchtung, ungepflegte Böschungen, ein schlechtes Wegeleitsystem und verbesserungswürdige Verpflegungsmöglichkeiten für dort Beschäftigte wurden beanstandet.

Immerhin zum Teil konnten diese Probleme gelöst werden. Seit 2021 findet deshalb ein Dialog zwischen den unterschiedlichen Akteur*innen im Gewerbegebiet statt. Leider konnte aufgrund der pandemischen Lage der Dialog teilweise nur unter Einschränkungen geführt werden.

Im August 2022 hat das Bistro von Integral e. V. in der Storkower Straße 125 eröffnet und bietet ein gesundes Frühstücks- und Mittagsangebot an. Bereits im November 2021 gab es mit Hilfe der Berliner Stadtreinigung (BSR) eine erfolgreiche „Putzaktion“, an der sich von Beschäftigten eines Immobilienunternehmens bis zu Obdachlosen unterschiedlichste Menschen beteiligten. Geplant ist, diese Aktion noch in diesem Jahr zu wiederholen. Mit Hilfe des Pankower Straßen- und Grünflächenamtes wurden die zugewachsenen Böschungen teilweise zurückgeschnitten, dadurch kann die BSR die Büsche besser reinigen.

Keine Toiletten und Spielplätze

In dem Gebiet rund um die Storkower Straße leben etwa 1.400 Menschen in unterschiedlichen Einrichtungen: Wohnungslosenheimen, Geflüch-

tetenunterkünften, Notunterkunft und Kältehilfe. Es handelt sich um obdachlose alleinstehende Männer, Familien aus Moldawien, Rumänien, Bulgarien (geduldete oder anerkannte Geflüchtete) sowie Menschen im Anerkennungsverfahren für Geflüchtete. Ein Teil dieser Menschen verfügt nicht über Toiletten, Aufenthaltsräume oder Aufenthaltsflächen, Kinder haben keine Spielplätze in der Nähe.

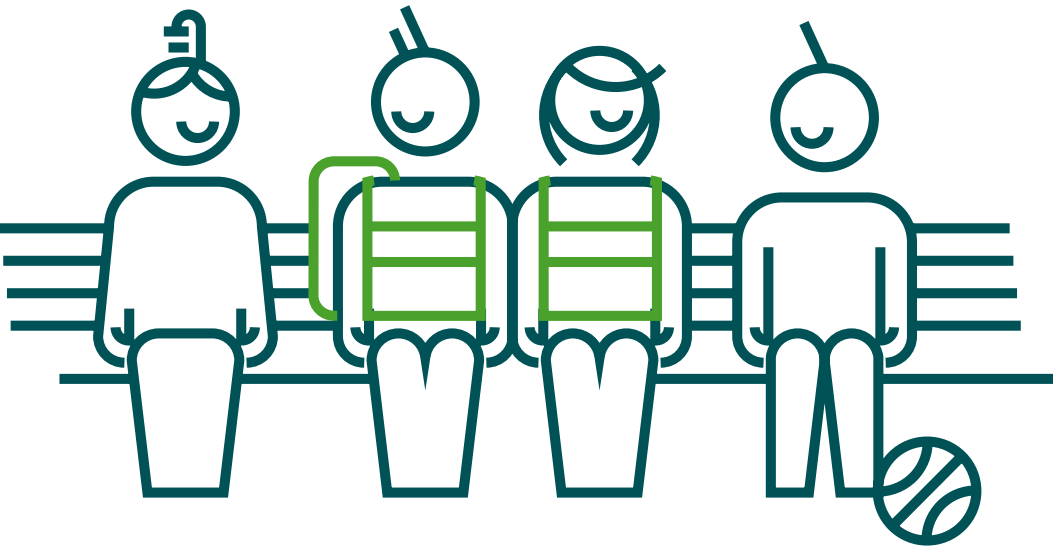
Aus Sicht der bündnisgrünen Fraktion braucht es in diesem Gebiet dringend eine mobile Duschmöglichkeit für Obdachlose. Grundsätzlich muss aber ein Konzept für langfristige Lösungen her. Im Rahmen des Förderprogramms „BiB – Beschäftigung in Berlin“ wurden drei Stellen für sogenannte Kiezläufer*innen bewilligt. Diese sollen für etwas mehr Ordnung und Sauberkeit sorgen, als Ansprechpersonen für die obdachlo-

sen Menschen fungieren sowie Wegweiser für die Besucher*innen des Gebiets sein. Zudem setzen wir uns für die Einrichtung einer weiteren Ampel für Fußgänger*innen zwischen der Kreuzung KniprodestraÙe und der Ampel auf Höhe von Kaufland ein. Dort war Anfang des Jahres eine 81-jährige Frau beim Versuch, die Straße zu überqueren, angefahren und tödlich verletzt worden. Ein entsprechender Antrag unserer Fraktion wurde kürzlich im Fachausschuss der BVV beschlossen.

Festzuhalten bleibt, dass es zur Verbesserung der Aufenthaltsqualität im Gewerbegebiet Storkower Straße gemeinsamer Anstrengungen aller auf dem Gelände ansässigen Akteur*innen und des Bezirksamtes Pankow bedarf. Unsere Fraktion wird diesen Prozess in der BVV Pankow weiter engagiert begleiten.



Heike Schmidt ist wirtschaftspolitische Sprecherin in der Pankower BVV-Fraktion von Bündnis 90/Die Grünen.



1.400 Menschen leben in dem Gebiet rund um die Storkower Straße.

WEG VOM AUTO, RAUF AUFS RAD – MOBILITÄTSWENDE IN PANKOW

Die Bündnisgrünen in Pankow haben im Wahlkampf 2021 besonders laut für die Mobilitätswende getrommelt. Mit entsprechend viel Ehrgeiz und großen Erwartungen zu diesem Thema sind wir als Fraktion in die Legislaturperiode gestartet. Der Schock kam schnell: Das Straßen- und Grünflächenamt übernahm Manuela Anders-Granitzki von der CDU. Die SPD bekam das Stadtentwicklungsamt, das einen großen Teil der Verkehrsplanung übernimmt (siehe auch Seite 2). Beide Ämter waren bis 2021 zusammen in bündnisgrüner Hand. Würden die bereits vom früheren grünen Stadtrat in die Spur gebrachten Projekte weitergeführt? Ein Blick ins benachbarte Reinickendorf ließ Schlimmes vermuten. Dort hat sich das Straßen- und Grünflächenamt unter CDU-Führung viele Jahre erfolgreich gegen jede Verbesserung für den Rad- und Fußverkehr gewehrt.

Der Berliner Senat hat im Sommer 2018 mit dem Mobilitätsgesetz eine klare Richtung vorgegeben: Der Straßenraum soll so umgebaut werden, dass Menschen problemlos von ihrem privaten PKW auf umweltfreundliche Verkehrsmittel umsteigen können. Fahrradfahren bietet für viele eine gesunde Alternative. Damit das gelingt, braucht es sichere Infrastruktur für Jung und Alt. Deshalb leitete der damalige bündnisgrüne Stadtrat Vollrad Kuhn ab 2020 die Einrichtung von 20 Fahrradstraßen ein. Sie sollten bis Ende 2023 fertig sein. Die Ossietzkystraße weihte er 2020 selbst noch ein. Doch die Planungen verzögern sich immer mehr. Seit der Wahl 2021 sind gerade mal zwei Fahrradstraßen neu entstanden, die Stargarder Straße und die Oderberger Straße. Die nun zuständige CDU-Stadträtin kündigte an, weitere Fahrradstraßen würden nicht so schnell dazukommen, Personalmangel sei schuld.

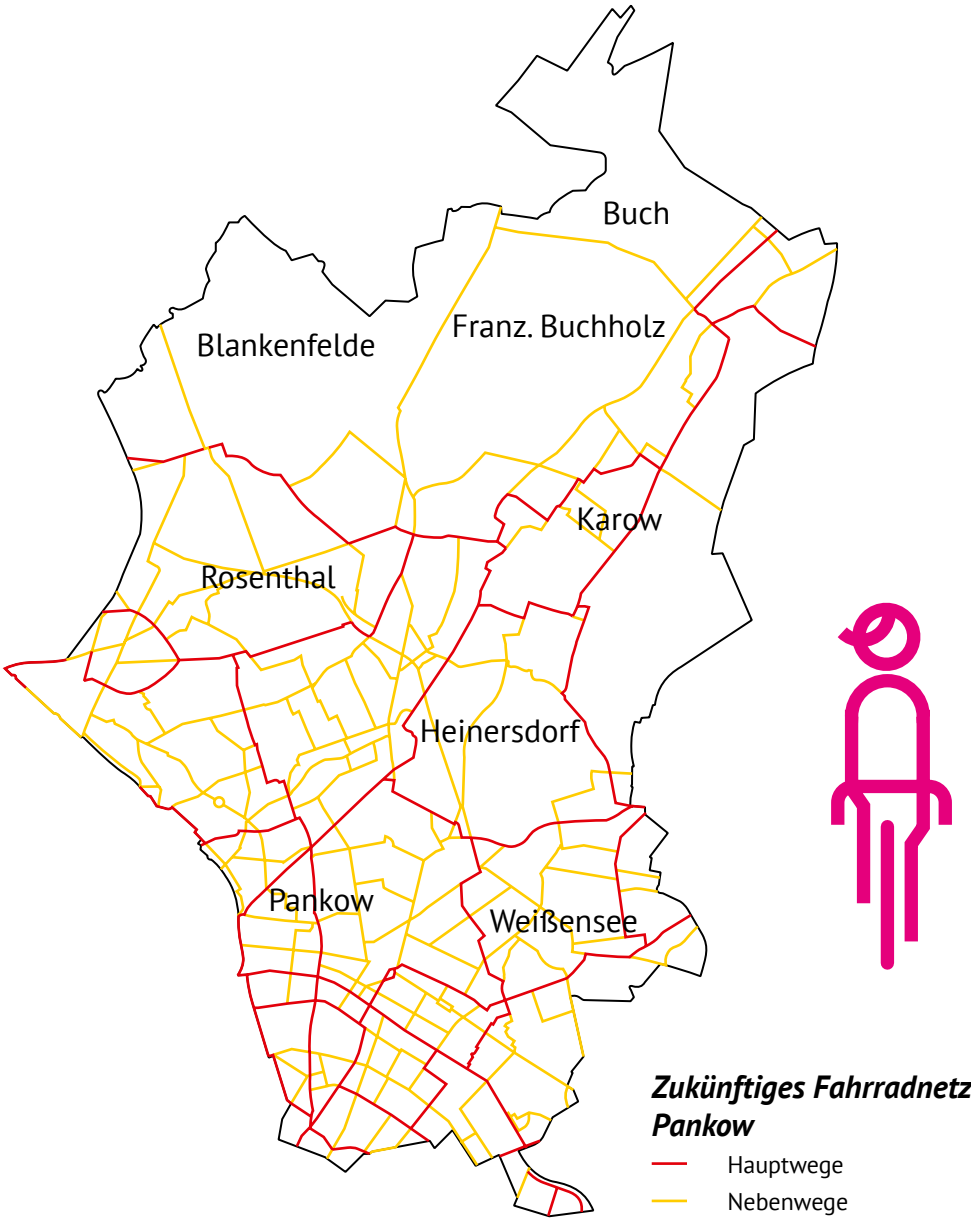
Fahrradstraßen, breite Radwege, Panketrail

Wir Bündnisgrünen kämpfen weiter für mehr Fahrradstraßen. Deshalb schlagen wir vor, Pop-up-Fahrradstraßen zu installieren. Das bedeutet, dass statt umfangreicher baulicher Maßnahmen zunächst nur die Ausschilderung als Fahrradstraße erfolgt. Dadurch wissen Autofahrende

bereits, dass sie in die jeweilige Straße nur als Anlieger*innen hineindürfen. Vor allem aber ist dadurch klar, dass Radfahrende Vorrang haben. Diese erste Maßnahme kann immer weiter verbessert werden, bis eine optimale Fahrradstraße entstanden ist. Neben Fahrradstraßen braucht es den Ausbau geschützter Radwege entlang der Hauptstraßen. Ein großer Erfolg ist der geschützte Radweg an der Schönhauser Allee: Zwischen Eberswalder Straße und Stargarder Straße entsteht 2023 auf der jetzigen Parkspur ein breiter Radweg, auf dem bis zu 10.000 Radfahrende pro Tag endlich genug Platz bekommen. Damit das Radfahren sicherer und attraktiver wird, entstehen noch weitere geschützte Radwege, wie zum Beispiel an der Tino-Schwierzina-Straße in Heinersdorf. Zudem wird mit dem geplanten Panke-trail für alle, die vom Berliner Norden nach Mitte radeln wollen, eine schnelle und bequeme Verbindung entstehen.

Kiezblocks gegen Abkürzungsverkehr

Ein weiterer Baustein der Mobilitätswende besteht darin, dem immer schlimmer werdenden Abkürzungsverkehr durch Wohnstraßen ein Ende zu setzen. Im Frühjahr 2020 luden wir zusammen mit Verkehrsinitiativen dazu ein, in einem Workshop Kiezblock-Konzepte zu entwickeln. Knapp 100 Menschen kamen und ersannen innerhalb eines Monats konkrete Vorschläge, wie durch intelligente Anordnung von Diagonalsperren und Einbahnstraßen in ihren Kiezen der Abkürzungsverkehr künftig unterbunden werden kann: PKW, Rettungswagen, Transportfahrzeuge und Müllabfuhr können zwar weiterhin jeden Ort im jeweiligen Gebiet erreichen, aber eine Durchfahrt als Abkürzung ist nicht mehr möglich. Schon in Kürze wird im Komponistenviertel der Abkürzungsverkehr zwischen der Berliner Allee und der Indira-Gandhi-Straße durch einen Kiezblock abgestellt. Auch im Arnimkiez stehen die Vorarbeiten für einen Kiezblock in den Startlöchern. Diese beiden Kiezblocks sollen dem Bezirksamt als Blaupause dienen – die dort gewonnenen Erfahrungen bei der Umsetzung können helfen, weitere Kieze vom Abkürzungsverkehr zu be-



freien. Im Vergleich mit anderen Bezirken wie Mitte oder Friedrichshain-Kreuzberg ist Pankow aber noch immer viel zu zögerlich: Während im Komponistenviertel zunächst nur ein „Kiezblock Light“ ohne Diagonalsperren errichtet wird, stehen diese im Bellermannkiez in Mitte bereits in großer Anzahl.



Patrizia Flores ist Sprecherin für Fuß- und Radverkehr in der Pankower BVV-Fraktion von Bündnis 90/Die Grünen.



Jan Drewitz ist Sprecher für Verkehrsberuhigung in der Pankower BVV-Fraktion von Bündnis 90/Die Grünen.

ROBERT-RÖSSLE-STRAßE WIRD UMBENANNT

Warum im Pankower Ortsteil Buch eine alte Straße einen neuen Namen bekommt.

Nur 150 Meter misst der bezirkseigene Teil der Robert-Rössle-Straße im Stadtteil Buch. Nur wenige Pankower*innen dürften dort jemals gewesen sein. Trotzdem ist sie eine der prominentesten Straßen Pankows – und das sogar weltweit. Denn sie führt zum Medizin-Campus Berlin-Buch, auf dem privaten Gelände windet sie sich um etliche Gebäude und dient als Adresse für viele Firmen und Forschungsinstitutionen. Jetzt soll sie umbenannt werden. Es ist die erste Straßenumbenennung seit den 1990er Jahren. Das Bezirksamt hat die Pankower*innen gebeten, Vorschläge zu schicken. Favoritin ist bisher die Hirnforscherin Cécile Vogt. Im Sommer 2022 hat die Pankower Bezirksverordnetenversammlung (BVV) auf Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen die Umbenennung des öffentlichen Teils der Straße beschlossen. Wer aber war Robert Rössle und warum wird die nach ihm benannte Straße umbenannt? Rössle war von 1929 bis 1948 Professor für Pathologie an der Charité. Als sein Hauptwerk gilt „Zur Pathologie der Familie“. Hierfür hat er unter anderem ganze Familien obduziert, die zum gleichen Zeitpunkt gestorben waren. Das wäre zu einer anderen Zeit in Deutschland kaum möglich gewesen. Denn: Familienmitglieder sterben, außer bei Unfällen, normalerweise über lange Zeiträume hinweg verteilt.

Doch unter dem Nationalsozialismus begingen viele Familien gemeinsam Suizid, um sich der Verfolgung zu entziehen. Offiziell wurden diese Tode als „Unfälle mit Leuchtgas“ beschönigt – nach der damals häufigsten Art, Selbstmord zu

begehen. Kurzum: Rössle nutzte Verbrechen des NS-Regimes für sich und seine Forschung, die es unter anderen Umständen nicht gegeben hätte.

Vier Jahre Debatte

Dem Umbenennungsantrag vorausgegangen war eine lange Diskussion. Kurz vor der Sommerpause im Jahr 2018 hatte die bündnisgrüne Fraktion einen Antrag gestellt, in dem das Bezirksamt gebeten wurde, sich mit der Person Robert Rössle zu beschäftigen und die Voraussetzungen einer Umbenennung der Robert-Rössle-Straße zu prüfen. Darauf folgte ein langer Prozess, der so damals kaum vorhersehbar war. Es gab ausführliche Diskussionen, verschiedene Vorträge, eine Bürger*innenversammlung, viele Ausschussdiskussionen und dutzende Medienberichte zu dem Thema – die Berliner Zeitung widmete der Causa Rössle sogar eine mehrteilige Serie. Die Debatte wurde deshalb so kontrovers geführt, weil Rössle über die NS-Zeit hinaus in Buch gewirkt hatte und die führende Krebsklinik der DDR, mittlerweile aufgegangen im Helios Klinikum Berlin-Buch, nach ihm benannt war. Mit der Geschichte dieser Klinik identifizieren sich viele ältere Bucher*innen. Geschichte dürfe nicht getilgt werden, argumentierten einige. Manche beharrten auch, dass Robert Rössles Verhalten eine solche Umbenennung nicht rechtfertige.

Medizinerin wird Namensgeberin

Niemand in der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen will Geschichte tilgen, ganz im Gegenteil. Aber die Benennung einer Straße ist eine Ehre – und

man kann nicht jemanden ehren, dessen Hauptwerk zutiefst verstörend ist mit all seinen Fotos vor allem jüdischer Familien, die ihrer Obduktion und Abbildung niemals zugestimmt haben. Auch der Verweis auf das Wirken Rössles in der DDR überzeugt nicht – wenn diese Straße nach jemandem benannt ist, der keine solche Ehre verdient, dann ist das ein Fehler, der korrigiert werden muss. Nun soll die Straße nach einer Medizinerin benannt werden. Es können noch Vorschläge eingereicht werden, neben der Hirnforscherin Cécile Vogt wurden die Kinderheilkundlerinnen Ingeborg Rapoport und Lucie Adelsberger vorgeschlagen. Alle drei waren Pionierinnen auf ihren Gebieten und gehörten zu den ersten Frauen überhaupt, die medizinische Forschung betrieben. Vogt geriet mit den Nazis in Konflikt und zog deshalb von Berlin nach Freiburg. Rapoport emigrierte wegen ihrer jüdischen Herkunft in die USA. Adelsberger, ebenfalls Jüdin, überlebte Auschwitz.



Oliver Jütting ist Vorsteher der BVV Pankow und Bezirksverordneter von Bündnis 90/Die Grünen.

TERMINE BVV-SITZUNGEN

Die BVV-Sitzungen finden in der Regel immer mittwochs um 17.30 Uhr im BVV-Saal in der Fröbelstraße 17 statt.

16.11.2022 // 14.12.2022
25.01.2023 // 01.03.2023



Livestream auf YouTube

KONTAKT

- gruene-fraktion-pankow.de
- info@gruene-fraktion-pankow.de
- 030/902 95 50 07
- @GrueneBVVPankow



Newsletter-Anmeldung

Impressum

Die Pankower Post wird herausgegeben von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen in der Bezirksverordnetenversammlung Pankow Fröbelstraße. 17, 10405 Berlin.
ViSdP: Almuth Tharan, Hannah Wettig (Fraktionsvorsitzende)
Redaktion: André Anchuelo, Jan Drewitz, Carmel Fuhg
Druck: BV Berliner Zeitungsdruck GmbH auf Recycling-Papier
Gestaltung: grossstadtzoo.de
Diese Zeitung darf nicht für Wahlwerbung verwendet werden.